

Une Mère Teresa pour la migration

Le "Centre de documentation sur les migrations humaines" à Dudelange est né il y a cinq ans à partir d'une initiative citoyenne dans le quartier Italie de Dudelange. Sis en la gare Usines de la localité, le centre a certes bénéficié d'une aide conjointe de la commune et de l'Etat pour l'infrastructure de base. Hélas, pour les frais de fonctionnement, le gouvernement se montre plus réticent en matière d'histoire des migrations que dans l'alimentation de musées d'art ou de centres culturels non encore existants.

Mercredi dernier, la cérémonie d'inauguration virtuelle d'un "memory wall" a eu lieu au centre en présence de la présidente d'honneur, Maria-Teresa, Grande-Duchesse du pays et illustre ex-migrante. Suite aux événements du 11 septembre, l'oeuvre des étudiant-e-s de la Miami University à Oxford (Ohio) n'était pas encore parvenue à Dudelange. C'était toutefois l'occasion pour M. di Bartolomeo, président de l'asbl et bourgmestre, d'exhorter les responsables que le phénomène migratoire n'était point problématique à condition que son histoire serait étudiée et divulguée au grand public. En privant le Centre des moyens minimaux pour assurer une permanence professionnelle, les pouvoirs publics se sont refusés à admettre le potentiel éducatif crucial de cette initiative exclusivement bénévole. Message reçu par la Grande-Duchesse, en l'absence de quelque ministre concerné.

Nationale Begeisterung fürs Autofreie?

Kann der Staatssekretär nicht lesen, oder hat er womöglich etwas übersehen? Eine Motion der Grünen zum Thema "autofrei" verabschiedete die Abgeordnetenkammer einstimmig in seiner Sitzung am vergangenen Dienstag. Darin fordert die grüne Fraktion die Regierung auf, den diesjährigen "Dag ouni Auto" nachträglich zu evaluieren. Weit aus erstaunlicher allerdings ist die Zustimmung ansonsten eher autobeeisterter Abgeordneter zu folgendem Vorschlag: Die Einführung eines landesweiten, autofreien Sonntags - dieses Mal aber bitte schön rechtzeitig angekündigt und mit den Betroffenen koordiniert. Ist die ungeteilte Unterstützung eine Nebenwirkung eines Umweltschutz-Rausches? Nach dem Motto: Nach der Ratifizierung des Kyotoer Abkommen als dritter EU-Mitgliedstaat muss Luxemburg zum europäischen Vorbild in Sachen (minimalistischer) Umweltschutz werden.

Oder geschah der Zuspruch etwa, weil alle wissen, dass Motionen eh keine Verbindlichkeit besitzen und meist in der großen Schreibtischablage auf Nimmerwiedersehen verschwinden?

Möglich ist auch diese Erklärung: Am Sonntag in Pferdekutschen gemütlich durchs Ländle zu fahren, ist romantisch. Allemal besser jedenfalls, als werktags ohne Auto einkaufen fahren zu "müssen".

Arbeitsbedingungen europaweit schlechter

Jetzt ist amtlich, was ohnehin schon viele wissen und täglich am eigenen Leib erfahren: Die Arbeitsbedingungen in Europa werden immer schlechter. Das hat eine europaweite Untersuchung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ergeben. Die Studie, die Arbeitsminister François Biltgen am vergangenen Mittwoch der Presse vorstellte, schlussfolgert, dass neue Technologien und Wirtschaftswachstum keinen Automatismus für bessere Arbeitsbedingungen bedeuten. Die Wissenschaftler machen vor allem die Intensivierung und Flexibilisierung von Arbeit für die Verschlechterungen in der Arbeitswelt verantwortlich.

Das Arbeiten unter Zeitdruck ist weit verbreitet: In Luxemburg gab ein Viertel der befragten 500 ArbeitnehmerInnen an, ständig mit erhöhtem Tempo zu arbeiten. Zwölf Prozent klagten in dem Beobachtungsjahr 2000 über arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme und fehlten wegen Krankheit. Der EU-Durchschnitt liegt bei neun Prozent. Interessant außerdem: Obwohl die Untersuchung ArbeitnehmerInnen in Luxemburg mehr betriebliches Mitspracherecht bescheinigte, zweifelt ein Drittel der Befragten daran, dass Konsultationen zu Verbesserungen am Arbeitsplatz führen. Weder die Experten noch Biltgen wussten für dieses Phänomen eine Erklärung.

SOZIALSEKTOR**"Es geht ums Prinzip"**

Der Konflikt im Sozial- und Pflegebereich spitzt sich zu. Die Gewerkschaften rufen für den 3. November zu einer Demonstration auf.

(ik) - Im Streit um den SAS-Kollektivvertrag Sozial- und Pflege-sektors (secteur d'aide et de soins et des services sociaux) stehen Gewerkschaften und Patronat nun vor dem Schlichter. Dies ist der vorläufige Endpunkt eines Konfliktes, der sich seit Jahren hinzieht. "Seit den 80er Jahren gibt es permanent Konflikte, wenn es um tarifpolitische Fragen in diesem Sektor geht", sagte ein sichtlich verärgertes Syndikatspräsident André Roeltgen vom OGBL auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem LCGB am vergangenen Dienstag in Esch/Alzette.

Größter Streitpunkt zwischen Gewerkschaften und Patronat: die Bezahlung der privaten Angestellten. Von einer jahrelangen ungerechten "Zwei-Klassen-Bezahlung" sprechen die Gewerkschaften. Zwar sollte dieses Ungleichgewicht mit dem ASFT-Gesetz von 1999, das eine parallele Lohnentwicklung zwischen öffentlichem und privatem Sektor vorsieht, geändert werden. Doch über das Entwicklungsvolumen gibt es noch Streit.

Bereits Anfang 1999 hatte sich nach Informationen der Gewerkschaften Familienministerin Marie-Josée Jacobs in einem Brief an die damalige Sozialministerin Mady Delvaux-Stehres darüber beschwert, dass die gewerkschaftlichen Lohnforderungen zu hoch seien. Sie lägen über dem Plus, welches im Lohnabkommen des öffentlichen Sektors festgelegt wurde.



"Unsinn" meinen die Gewerkschaften und sehen sich in ihrer Forderung nach einer sofortigen Umsetzung von Artikel 28 des SAS-Kollektivvertrages durch eine Studie der IGSS bestätigt. In dem umkämpften Artikel 28 vereinbarten Gewerkschaften und Patronat, jede Gehaltssteigerung, die im öffentlichen Sektor beschlossen wird, ab dem 1. Januar 1999 in Form einer 'Enveloppe' an das Personal weiterzugeben.

Dann jedoch weigerte sich plötzlich das Patronat zu zahlen. Begründung: Man sei nicht in der Lage, die darin beschlossenen Lohnanpassungen zu finanzieren. Die Schuld liegt nach Auffassung des Patronats beim Staat.

"Es gibt sowohl eine Differenz zwischen den Gewerkschaftsforderungen und dem, was der Staat zugestehen will, als auch zwischen dem, was der Staat geben will und dem, was das Patronat zu zahlen bereit ist", hatte Patronatsvertreter Jean Schoos bereits im Juni anlässlich eines Rundtischgespräches der woxx (siehe woxx Nr. 592) erklärt. Nachzahlen für die Jahre 1999-2000 wollen die Arbeitgeber lediglich 1,8 für die BeamtInnen beziehungsweise 2,4 Prozent für die ArbeiterInnen. OGBL und LCGB fordern 5,6 respektive 6,7 Prozent Lohnanpassung.

"Es geht ums Prinzip", so OGBL-Vertreter André Roeltgen. Es könne nicht angehen, dass man dem Sektor zunächst eine gewisse Tarifautonomie zugestehe, sie dann aber nicht respektiere. Der Gewerkschafter warnte in seiner Rede Patronat und Regierung vor einem längerfristigen Arbeitskonflikt, sollten die Gesprä-

che scheitern. Nächste Chance zur Einigung ist die für den 5. November angesetzte letzte Schlichtungssitzung. Das Schlichtungsverfahren zwischen Patronat und Gewerkschaften hatte am 12. Oktober begonnen - Ergebnis der im Mai gescheiterten Neuverhandlungen.

Es geht wohin

Mit der noch am Dienstag vom OGBL behaupteten fehlenden "Intersektion" zwischen den beiden Streitparteien ist es allerdings offensichtlich inzwischen vorbei: Eine für den vergangenen Mittwoch anberaumte Pressekonferenz der Patronatsvertretungen wurde kurzfristig abgesagt. Romain Mauer, Präsident der Arbeitgebervertretung EGCA gab dazu gegenüber der woxx eine vage Erklärung ab. Man habe "neue Kontakte" mit dem OGBL aufgenommen. Als Grund für den Sinneswandel gab der Mauer "neue Elemente" an, ohne diese näher zu erläutern. Ob die neuen Komponenten aus Gesprächen mit dem Familienministerium herrühren, war bis Redaktionsschluss nicht zu erfahren.

Auch der OGBL hält sich bedeckt: Erst auf Nachfrage bestätigte Danièle Nieves die "informellen Kontakte". Mehr verraten wollte die OGBL-Funktionärin nicht, um "dem Prozess nicht vorzugreifen". An der geplanten Marschroute soll sich jedenfalls nichts ändern, versicherte Nieves. Die Aufrufe zur Demonstration am 3. November würden wie geplant an die Mitglieder verschickt.

CITE JUDICIAIRE**Tadelloser Minister**

Ex-Minister Goebbels will es nicht gewesen sein: In Sachen "cité judiciaire" stehe er sauber da, er habe weder der Chamber noch der Öffentlichkeit etwas vorenthalten.

(ergué) - Gestern feierte das Dossier "cité judiciaire" auf den Tag genau seinen 10. Geburtstag: Am 25. Oktober 1991 hieß der damalige Regierungsrat ein Vorhaben von Bautenminister Robert Goebbels gut, auf dem Plateau du Saint Esprit einen "Palais de Justice" respektive eine "cité judiciaire" zu errichten. Die Krier-Brüder, Luxemburgs wohl bekanntesten Architekten im Ausland, wurden vom Minister persönlich mit der Planung beauftragt. Sie lieferten ein Projekt ab, das nicht nur auf Zuspruch stieß: hübsch anzusehen zwar, aber dennoch ein dauerhafter und sichtbarer Eingriff in die Silhouette der Altstadt. Trotzdem hätte damals wohl niemand sich träumen lassen, dass zehn Jahre später noch nicht einmal eine definitive Baugenehmigung für jenes Vorhaben vorliegen würde.

Ein Schuldiger für die Blamage war schnell ausgemacht: Der inzwischen in die Opposition abgedrängte ehemalige Bautenminister habe seine Arbeit nicht ordentlich gemacht. Jetzt meldete sich Robert Goebbels zu Wort und versuchte detailliert zu belegen, dass er sich an die Spielregeln gehalten habe und keine Verantwortung dafür trage, wenn das Projekt über das Erträgliche hinaus verschleppt wurde und immer noch werde.

Goebbels Hauptargument: Eine Absprache mit der Unesco hinsichtlich der Integration des

Neubaus ins Stadtbild sei gesetzlich nicht vorgeschrieben. Verantwortlich für die Zusammenarbeit mit der Weltkulturorganisation sei im übrigen nicht das Bauten- sondern das Kulturministerium ...

Tatsache ist allerdings, dass in der Unesco durchaus davon ausgegangen wird, dass bauliche Maßnahmen wie die einer "cité judiciaire" nicht ohne ihre Zustimmung erfolgen sollten. Zwar ist es nicht illegal, die Unesco links liegen zu lassen, doch kann diese dann gegebenenfalls entscheiden, ein Kulturerbe wieder von der Liste zu streichen. Das für den Tourismus förderliche Label wäre dann dahin.

Mit dieser Angst lebt vor allem der Bürgermeister der Stadt Luxemburg, der versucht auf das Bauvorhaben einzuwirken, um es den Unesco-Verantwortlichen doch noch schmackhaft zu machen. Inzwischen kann er auch mit einem Alternativ-Standort aufwarten, der viel diskutierten "Rocade de Bonnevoie".

Goebbels behauptet jetzt, die städtischen Bedenken seien neu. 1999, als das entsprechende Gesetzesprojekt im Abgeordnetenhaus zur Abstimmung kam, hätten die DP-VertreterInnen aus der Hauptstadt ebenfalls für die "cité" gestimmt. Er verschweigt allerdings, dass es dreier Anläufe bedurfte, bevor die gleichen DP-MandatsträgerInnen ihrer Eigenschaft als Schöffen beziehungsweise BürgermeisterInnen der Stadt Luxemburg eine provisorische Baugenehmigung erteilten. Die beiden ersten Male beschränkte sich das städtische Nein ausschließlich auf architek-

tonische Aspekte: Ein als "tour des vents" betitelter Luftabzugschacht schien beispielsweise zu hoch geraten. Das Bautenministerium musste mehrfach nachbessern.

Als nach 1995 und 1998 die Stadt im Jahr 2000 endlich bereit war, eine provisorische Genehmigung zu erteilen, tat sie dies unter der Bedingung, dass die Unesco um ihre Meinung gefragt werden müsste.

Dass die Stadt erst jetzt auf die Idee kommt, ihre Rolle als Hüterin eines Weltkulturerbes wahrzunehmen, deutet auf denkmalschützerische Defizite in der eigenen Verwaltung hin. Allerdings dürften diese im Bautenministerium noch ausgeprägter sein. Einen automatischen Reflex, bei jedem Bauprojekt in der Altstadt auch die nationalen und internationalen Denkmalpfleger heranzuziehen, scheint es jedenfalls nicht zu geben.

Da verwundert es kaum noch, wenn bautechnische Bedenken, wie die Frage nach der Statik des Standortes, nur nebenbei diskutiert werden. Auf die Frage der woxx, ob seines Wissens diesbezügliche Untersuchungen vorlägen, meinte Goebbels lediglich, er habe sich als Minister niemals um solche "Details" gekümmert. Die Stadtobereinerseits geben an, von Probebohrungen oder Ähnlichem bislang nichts gesehen zu haben. Der Ex-Minister mag seine Person als tadellos dahinstellen, das Dossier der "cité judiciaire" zumindest entpuppt sich als äußerst blamabel.

